A2 Rückblick: Grüne Politik in der ablaufenden Wahlperiode

Gremium:	Kreisvorstand
Beschlussdatum:	11.01.2021

Text

Nach der letzten Kommunalwahl bildete die SPD mit der CDU eine große Koalition, obwohl auch andere Bündnisse möglich waren und verhandelt wurden. Wir haben unsere Rolle als OPPOSITION immer konstruktiv wahrgenommen. Widerspruch um des Widersprechens wegen führt zu nichts. Wir haben uns gerne dem Wettstreit um die besten Ideen und Konzepte gestellt, dabei viele eigene Akzente einbringen können und trotz Oppositionsrolle durchsetzen können. Grün bringt Veränderung.

Die Koalition aus CDU und SPD war von Anfang an farblos und ist trotzdem mit der Zeit noch weiter verblasst. Zukunftsweisende inhaltliche Initiativen kamen von den Koalitionsparteien sehr selten und waren meist appellativer Natur. Konkretes Handeln vermisst man. Einig war sich die Koalition aus CDE und SPD vor allem darin, neue Ideen abzulehnen. Ein besonderes Trauerspiel: Die SPD scheitert – obwohl sie Koalitionspartei ist – mit ihren Anträgen an Mehrheiten im Parlament, die ihr Koalitionspartner gegen sie anführt.

SCHULEN: Mit Anfragen überprüften wir die Konzepte zur Ganztagsbetreuung an Schulen bzw. zum Mittagessen an Schulen. Zwar hat in den letzten Jahren ein Ausbau stattgefunden, allerdings gibt es hier noch einiges zu tun. Dass nun 16 Grundschulen am Programm „Pakt für den Nachmittag" teilnehmen, ist ein wichtiger Zwischenschritt, um allen Eltern, die sie benötigen, eine ganztägige Betreuung zu ermöglichen. Die Belange des Ganztags wurden im Schulbau zu wenig beachtet.

KLIMASCHUTZ: Unser umfangreiches Paket zum Klimaschutz mit Maßnahmen in der Verkehrspolitik, der Landwirtschaftspolitik und der Erzeugung von Erneuerbaren Energien wollte die CDU-SPD Koalition nicht einmal im Ausschuss beraten. Immerhin konnte sich unsere Initiative für Photovoltaikanlagen auf Schulgebäudendurchsetzen. Andere Initiativen, wie die klimaschützende Holzbauweise bei Neubauten des Landkreises umzusetzen, wurden abgelehnt.

MOBILITÄT: Im Bereich des Radverkehrs gibt es trotz mehrerer Initiativen von uns bis jetzt kein überregionales Konzept. Diese Verzögerung führt dazu, dass der Landkreis aktuell ein hoch gefördertes Bundesprogramm zum Radwegebau nicht nutzen kann. Auf unsere Anfrage in 2019 musste der Kreisausschuss 2019 mitteilen, keinen einzigen Meter Fahrradweg errichtet zu haben. Seit der Reaktivierung der Eisenbahnstrecke Korbach-Frankenberg, die noch in der vorherigen Wahlperiode von uns mit aufs Gleis gesetzt wurde, ist zu wenig passiert, um unsere Bahnen zu modernisieren. Unsere Jobticket Initiative wurde genauso wie eine Car-Sharing-Initiative abgelehnt.

NATURSCHUTZ: Unsere Großen Anfrage zur Artenvielfalt und Biodiversität im Landkreis bestätigte, dass auch bei uns heimische Tier- und Pflanzenarten aussterben oder massiv im Bestand zurückgehen. Immerhin konnten wir uns mit Anträgen zur Umsetzung von Blühstreifen und mit einer Initiative für ein ambitioniertes Insektenschutzprogramm durchsetzen. Leider blieben Initiativen für einen zukunftsfähigen, klimastabilen Waldbau weiter erfolglos.

WASSERSCHUTZ: Viele Grundwasservorkommen im Landkreis sind hoch nitratbelastet, wie wir mit unseren Anfragen offenlegten. Die Kreiskoalition verhält sich jedoch weitgehend passiv zu dieser fortgesetzten Verschmutzung unserer Wasserreserven, die vor allem durch Gülleeintrag verursacht werden, weil kein anderer Landkreis in Hessen mehr vom Gülleimport betroffen ist als Waldeck-Frankenberg. Bei den Oberflächengewässern sind nur etwa 11 Prozent in einem guten Zustand, und es drohen hohe Strafzahlungen der Europäischen Union, wenn nicht in wenigen Jahren eine deutliche Verbesserung durch Renaturierungen geschaffen wird.

SOZIALES: Die Grüne Kreistagsfraktion hat sich immer für den Erhalt der kommunalen Kliniken im Kreis und für deren bessere Kooperation eingesetzt. Eine planungssichere Finanzierungsperspektive bei einer fairen Lastenaufteilung für die Institutionen in freier Trägerschaft im Landkreis ist unser Ziel.

LANDWIRTSCHAFT: Wir setzen uns für eine bäuerliche, regionale Landwirtschaft mit starken, regionalen Wertschöpfungsketten ein. Vorhaben für den Bau von Anlagen der industriellen Massentierhaltung in Diemelstadt, Waldeck und Twistetal haben wir zusammen mit Bürgerinitiativen und Naturschutzverbänden in den letzten Jahren mit Erfolg verhindert. Die Förderung des Neubaus der Upländer Bauernmolkerei mit Kreismitteln haben wir tatkräftig unterstützt.